



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bernhof
3003 Bern

per E-Mail an: catherine.chammartin@sif.admin.ch

Bern, 5. Februar 2015

Vernehmlassungsantwort zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI).

Die BDP begrüsst die Ausdehnung des neuen OECD-Standards auf die aktuell 69 Doppelbesteuerungsabkommen, welche nach dem heutigen Stand noch nicht an den internationalen Standard angepasst worden sind.

Durch die einseitige Anwendung des OECD-Standards bei Steueramtshilfe wird eine temporäre Gesetzeslücke geschlossen, bis die betroffenen Doppelbesteuerungsabkommen den internationalen Standard erfüllen. Aus Sicht der BDP ist es unabdingbar, dass die einseitige Anwendung des Informationsaustauschs auf Ersuchen nur unter der Wahrung der Grundsätze der Reziprozität, Spezialitätsprinzip und der Vertraulichkeit der ausgetauschten Informationen erfolgen darf. Die BDP unterstützt den Entwurf zum GASI, weil die Schweiz damit wichtige Weichenstellungen für einen sauberen und wettbewerbsfähigen Finanzplatz vornimmt. Gleichzeitig erhöht die Zustimmung zu GASI die Chancen für eine gute Gesamtbewertung im Rahmen der Phase 2 der Peer Review des Global Forums. Dieser Schritt ist aus Sicht der BDP wichtig, weil dadurch einerseits die internationale Glaubwürdigkeit des Schweizer Finanzplatzes gestärkt und andererseits die Transparenz erhöht wird.

Wir danken für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Martin Landolt, Präsident BDP

Hansjörg Hassler, Fraktionspräsident BDP